NEUES FORUM
BULLETIN

Nr. 15 10.07.1992

INHALT:

Deutschland braucht eine andere Politik

1. Wieder steht ein 30. Juni als entscheidendes Datum vor uns, an dem sich das Leben vieler Menschen einschneidend verändern wird. Betriebe werden stillgelegt, tausende Arbeiterinnen und Arbeiter verlieren ihre Beschäftigung. Aber auch im öffentlichen Dienst drohen Massenentlassungen. Für uns alle fallen soziale Leistungen weg. Kindereinrichtungen werden geschlossen. Erziehende - dabei vor allem Frauen - wissen nicht, wie sie ihre Erwerbstätigkeit aufrechterhalten sollen. Verschließen wir unsere Augen auch nicht davor, daß sich Tausende gezwungen sehen, die ostdeutschen Länder zu verlassen. Und es werden neue Schuldige gesucht: Ausländerinnen und Ausländer, Asylbewerber.

2. Die Bundespolitik hat die neuen Bundesländer in den Ruin getrieben und treibt ganz Deutschland in eine soziale Krise. Die Treuhand wirtschaftet auch sanierungsfähige Betriebe systematisch kaputt. Die Hälfte der Arbeitsplätze ist jetzt schon zerstört. Die Industrie im Osten Deutschlands bricht zusammen.
Dagegen sind die Gewinne der Industrie gigantisch, von denen allein 670 Mrd. DM als verfügbares Geld bereitstehen. Investiert wurde nur ein Bruchteil des Geldes in den fünf neuen Ländern.
Die Einnahmen der Kommunen schwinden mit dem Zusammenbruch der Produktion und der Arbeitslosigkeit ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Sie sind gezwungen, auf Pump zu haushalten. Die Sozialstaatlichkeit ist von Grund her bedroht. Menschen werden für lange Zeit von Almosen des Staates abhängig. Immer wieder erleben wir, daß die Bundesregierung denen, die schon haben, noch etwas hinzugibt, währenddessen der großen Mehrheit der Bevölkerung das Geld aus der Tasche gezogen wird. Das letzte Beispiel dafür ist die Gesundheitsreform.
Die Bevölkerung ist um ihre Hoffnungen aus dem Herbst 89 betrogen worden.
Die Bevölkerung wollte die politische und soziale Einheit. Stattdessen baut die Regierungspolitik neue soziale Mauern auf.

3. Deshalb erklärt das NEUE FORUM die Politik der Regierung für gescheitert.

4. Die Mitglieder des NEUEN FORUM wissen, daß alle von dieser Zerstörungspolitik der Regierung betroffen sind. Das gilt für die Menschen im Osten wie im Westen. Wir sind selbst Betroffene. Aus diesem Grund stellen wir uns auf die Seite der Beschäftigten, die ihre Arbeitsplätze und ihre Löhne verteidigen, und auf die Seite aller, die ihre Arbeitsplätze bereits verloren haben. Wir stehen auf der Seite der Bevölkerung, die vor Ort um den Erhalt öffentlicher Dienstleistungen, gegen die Wohnungsnot und gegen den Abbau von Sozialleistungen kämpft. Angesichts des 30. Juni 1992, an dem Tausende entlassen werden, erklären wir, das gemeinsame Handeln aller Betroffenen für den Stopp der Politik der Regierung zu unterstützen. Wir werden dabei sein, wenn Belegschaften ihre Betriebe besetzen, wenn Menschen aus sozialer Not nur noch die Möglichkeit des offenen Protestes sehen.
Das Ziel des NEUEN FORUM ist die Verwirklichung der politischen und sozialen Einheit Deutschlands.

Herausgeber: Bundeskoordinierungsbüro NEUES FORUM,1080 Berlin, Friedrichstr. 165 **Redaktion:** Sabine Schaaf,Petra Witte **Telefon:** 2 29 23 17 **Fax:** 2 29 23 51

Erklärung des NEUEN FORUM zum wirtschaftlichen Kahlschlag in Ostdeutschland

„Das hat die 89er Bewegung nicht gewollt. Die Herren setzen sich über die Köpfe ihrer Wähler hinweg." Das sagte ein Rohrschlosser aus Warnemünde am 12. März 1992 auf einer Demonstration der Schiffbauer vor dem Landtag in Schwerin. „Denn stirbt der Schiffbau, stirbt die gesamte Region!"

So schlimm wie im Norden Ostdeutschlands stellt sich die Situation überall dar. In Ostdeutschland gingen seit 1989 mehr als vier Millionen Arbeitsplätze verloren. Die Bevölkerung lehnt jedoch einen Arbeitsplatz- und Sozialabbau ab. So füllten vor einem Jahr 100 000 Menschen den Augustusplatz in Leipzig. Sie forderten eine Zukunft für die ostdeutsche Wirtschaft und eine soziale Politik.

Der Protest gipfelte damals in der Forderung „Kohl muß weg!" - zu Recht: Die Bundesregierung ist hauptverantwortlich für die gegenwärtige Krise. Auch die Treuhandanstalt ist ja eine Regierungsinstitution.

Durch eine Welle von Betriebsbesetzungen im letzten Jahr wurde die Treuhandanstalt zu Verhandlungen gezwungen: Die Beschäftigungsgesellschaften entstanden. Damals ein Erfolg, muß heute festgestellt werden, daß auch sie nur ein Umweg in die Arbeitslosigkeit sind, weil die Regierung den Aufbau von Produktion durch Beschäftigungsesellschaften verboten hat. Der Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland hat die Viermillionen-Grenze überschritten, seit 1989 wurden 42,6 Prozent aller Arbeitsplätze abgebaut. Die Industrieproduktion sank auf 25 Prozent. Eine erschreckende Bilanz!

Mit der Zerschlagung der einheimischen Industrie verarmt die Öffentliche Hand, verarmen die Städte und Gemeinden. Enorme Kürzungshaushalte werden den Kommunen aufgezwungen. Dies hat zur Folge, daß soziale Einrichtungen radikal beschnitten und geschlossen werden. Mit der Begründung, es sei kein Geld da, werden gewinnbringende Aufgaben privatisiert, während die verlustbringenden Aufgaben bei den Kommunen und Ländern verbleiben. Im Öffentlichen Dienst rollt eine Welle des Personalabbaus durch ganz Ostdeutschland. Das bestehende Sozialsystem soll jetzt endgültig geopfert werden. Kranke und Alte, alle sozial Schwachen sind überflüssig.

Im dritten Jahr nach unserem Aufbruch wogt erneut eine Auswanderungswelle durch Ostdeutschland gen Westen. Eine Million Ostdeutsche gingen in der einen oder anderen Form aus dem Land. Zehntausend Jugendliche verließen den Osten, um in Westdeutschland einen Ausbildungsplatz zu bekommen - Zahlen, die an die Flüchtlingswelle des Herbstes '89 erinnern.

Lassen wir nicht zu, daß qualifizierte junge Menschen erneut das Land verlassen und über die **soziale Mauer** springen müssen!

Erneut protestieren Beschäftigte und Gewerkschaften gegen den Arbeitsplatzabbau. Erneut wurden Betriebe besetzt, wie die Stahlfirmen Freital und Gröditz. Knüpfen wir an die Erfahrungen der Kollegen und Kolleginnen in Hennigsdorf und der ostdeutschen Werften an: Alle bisherigen Erfolge bei der Sicherung von Arbeitsplätzen, beim Erreichen von sozialen Sicherungen - mögen sie auch noch so geringe Teilerfolge gewesen sein - sind ausschließlich durch den Kampf der Belegschaften, die Mobilisierung der Gewerkschaften und der Bevölkerung erreicht worden.

Das NEUE FORUM unterstützt und fördert solche Aktionen zur Verteidigung der sozialen Interessen der Lohnabhängigen mit und ohne Arbeit. Es lehnt jede Mitverantwortung und Mitgestaltung von Arbeitsplatz- und Sozialabbau ab. Das NEUE FORUM sucht die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, den Arbeitslosenverbänden und allen Organisationen, in denen die Betroffenen ihre sozialen Interessen verteidigen.

Das NEUE FORUM lehnt jede Ausspielung der Beschäftigten und Arbeitslosen gegeneinander ebenso ab, wie die Ausspielung von Ost gegen West. Das NEUE FORUM betont, daß die wichtigste Auseinandersetzung nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen Unten und Oben in Ost wie in West verläuft.

Deshalb treten wir ein für die Verwirklichung der sozialen Einheit in Deutschland auf dem jeweils höchsten Niveau. Wir lassen es nicht zu, daß alte und neue Seilschaften die ostdeutsche Wirtschaft zerstören und sich auf dem Rücken der Bevölkerung in ganz Deutschland bereichern.

Das NEUE FORUM fordert:

Keine Entlassungen mehr! Die Schlange der Arbeitslosen darf nicht länger werden - sofortiger Kündigungsstopp!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West. Einheitliche Tarifverträge in ganz Deutschland!

Keine Aufweichung der erkämpften Tarif-, Arbeits- und Sozialrechte!

Reorganisierung der Produktion und Schaffung neuer Arbeitsplätze sind durch Abschöpfung der Spekulations- und Einheitsextragewinne der Unternehmen (670 Milliarden DM) sowie aus Umverteilung von Haushaltsmitteln zu finanzieren.

Arbeitszeitverkürzung anstatt „Freizeit" durch Arbeitslosigkeit!

Wir sprechen der Treuhand das Entscheidungsrecht über das Schicksal von Millionen Menschen ab. Wir fordern statt einer staatlichen Deindustrialisierungspolitik eine aktive staatliche Industriepolitik, die die Vorschläge der IG Metall zur Gründung von Industrieholdings berücksichtigt!

Nur so kann der Staat seiner sozialen Verantwortung nachkommen!

Investitionshilfegesetz

Das NEUE FORUM fordert, daß Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes mit Sitz in den alten Bundesländern mit mehr als 250 Beschäftigten zur Zahlung einer Investitionshilfeabgabe herangezogen werden. Als mögliche Finanzierungsquelle könnte eine 5%-Abgabe auf den Gewinn dienen.
Firmen, die in den neuen Bundesländern Arbeitsplätze schaffen, werden von der Zahlung der Abgabe befreit. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß die Zahl der neugeschaffenen Dauerarbeitsplätze mindestens 5 % ihrer West-Arbeitsstellen beträgt.
Die Abgabe soll in einen Fond fließen, der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau verwaltet wird. Die Mittel sollen zur Bezuschussung von Investitionen und zur Lohnsubventionierung in den neuen Bundesländern eingesetzt werden.
Die Subventionierung der Investition erfolgt in Form eines verlorenen Zuschusses. Seine Höhe sollte so bemessen sein, daß er zusammen mit anderen Fördermitteln gleich dem Betrag ist, mit dem sich die Banken an dem Investitionsvorhaben beteiligen.
Finanziert also ein Unternehmen seine Investitionen zu 40% mit Bankkrediten, zu 20% mit eigenen Mitteln und zu 25% mit öffentlichen Mitteln, so werden diese 25% aus der Investitionshilfeabgabe auf 40% aufgestockt.
Die Subventionierung der Investitionen löst allerdings nicht die kurzfristigen Kostenprobleme der Firmen. Den Aufwendungen für Löhne und Investitionen stehen keine entsprechenden Erlöse (Umsätze) gegenüber. Deshalb ist zusätzlich eine Lohnsubventionierung erforderlich.
Diese Subventionierung soll von 50% des zum Stichtag geltenden Tariflohnes im Verlauf von 3 - 5 Jahren auf Null abgebaut werden.
Die gezahlten Gelder stellen eine Überbrückungshilfe bis zu dem Zeitpunkt dar, in dem die Verbesserung/Erneuerung des Kapitalstocks greift.
Die Gelder sollten gezielt für eine Politik der „Stärkung der Stärken" eingesetzt werden, d.h. für die schwerpunktmäßige Förderung von bereits vorhandenen Branchen, die die aussichtsreichsten Wachstumschancen und die ihre Produktionsstandorte und Hauptniederlassungen auf dem Gebiet der neuen Bundesländer haben. Weiterhin sollten die Gelder zum Aufbau von Zukunftsindustrie (Umweltmärkten) verwendet werden.
In den nächsten Jahren ist eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den Geschlechtern um Arbeitsplätze zu erwarten. Arbeitsmarktpolitisch sollte die Abgabe deshalb gezielt zur Förderung von Arbeitsplätzen für Frauen verwendet werden.

Wohnen und Mieten

1. Entschädigung vor Rückgabe
Die Delegierten des Bundesforums fordern, das durch den Einigungsvertrag und seine Folgegesetze verankerte ungerechte Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung" per Bundesgesetz im Grundsatz umzukehren.
Das gilt insbesondere für die zu DDR-Zeiten redlich erworbenen privaten Wohnhäuser und Grundstücke sowie für Wohnhäuser, Grundstücke und Immobilien für den Gemeinbedarf, die sich in der Verfügungsberechtigung von Ländern, Städten und Gemeinden befinden.

2. Sogenannte Altschulden
Die Delegierten des Bundesforums fordern für das Gebiet der neuen Bundesländer die Streichung der sogenannten Altschulden per Bundesgesetz, einschließlich des aufgelaufenen Kapitaldienstes der städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie der Wohnungsbaugenossenschaften, sofern sie dies bereits vor dem 3.10.90 waren.

3. Keine Mieterhöhungen
Die Bundesregierung beabsichtigt, zum 1.1.1993 die Mieten in den neuen Bundesländern erneut um mindestens 1 bis 2 DM/qm zu erhöhen. Diese Erhöhung würde jedoch dem Einigungsvertrag widersprechen, in dem die Erhöhung der Mieten an die Entwicklung der Einkommen gekoppelt ist.
Das NEUE FORUM strebt im Falle der Verabschiedung eines derartigen Gesetzes durch Bundestag und Bundesrat eine Verfassungsklage gegen dieses Gesetz an bzw. unterstützt eventuell gleiche Bestrebungen entsprechender Interessenvertretungen (z.B. Mieterverein oder Mietergemeinschaft).

4. Einige Grundsätze zur Wohnungspolitik
Die Delegierten des Bundesforums sprechen sich für folgende Grundsätze der Wohnungspolitik aus:
a. Wohnen ist eine elementare Lebensgrundlage und ein Menschenrecht. Das Grundrecht auf menschenwürdigen Wohnraum ist in der Verfassung zu verankern.
b. Wohnhäuser und Wohnraum müssen durch Gesetz vor Mißbrauch durch Spekulation und Kapitalverwertung geschützt werden.
c. Die öffentliche Hand darf sich nicht ihrer sozialen Verantwortung bei der Schaffung und Bewirtschaftung von ausreichendem Wohnraum für alle entziehen.
d. Privatisierung und Verkauf von Wohnraum, insbesondere von städtischen und kommunalen Mietwohnungen, löst nicht die anstehenden Probleme von der Wohnungsnot bis zur Sanierung und Stadterneuerung und ist vor allem aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit abzulehnen. Die kommunalen Belegungsrechte müssen erhalten bleiben.
e. Die erforderlichen Mittel zur

Schaffung und Bewirtschaftung von Wohnraum sind in die jährlichen Haushaltspläne und mittelfristigen Finanzplanungen des Bundes und der Länder aufzunehmen. Hierbei sind in erster Linie Mittel aus dem Verteidigungshaushalt zu nutzen.

f. Der Bund muß mit Unterstützung der Länder gezielte Förderprogramme für den Wohnungsbau und die Stadterneuerung erarbeiten. Dabei ist die umfassende Mitsprache der Kommunen und der Betroffenen zu gewährleisten.

5.

Die Notlage Wohnungssuchender darf nicht (z.B. von Maklern) mißbraucht werden.

Absage an „Ostpartei“

Das NEUE FORUM hat seine Freunde in Bürgerinitiativen und Interessenvertretungen in Ost und West und stellt eine Alternative zu den etablierten Parteien dar. Das Konzert der Blockflöten der unvergessenen Nationalen Front findet ohne uns statt.

Das Bundesforum des NEUEN FORUM erklärt definitiv, daß sich das NEUE FORUM nicht an einer neuen „Ostpartei“ beteiligt.

- Die Ostpartei mißbraucht das legitime Anliegen nach ostdeutscher Interessenvertretung, um alten Seilschaften eine neue Legitimation zu verschaffen.
- Die an der Diskussion um die Ostpartei maßgeblich beteiligten Personen Diestel, de Maiziére, Gerlach und Fink sind wegen ihrer politischen Vergangenheit unglaubwürdig und belastet.
- Die Bildung einer Ostpartei würde den beim Abriß der Mauer entstandenen Graben zwischen Ossis und Wessis erheblich vertiefen.

Debatte § 218/ Regelung zum Schwangerschaftsabbruch

Nach dem vorliegenden parteiübergreifenden Kompromißentwurf zur Regelung des Schwangerschaftsabbruches wird mit Gefängnis bestraft, wer nicht bis drei Tage vor dem Abbruch bei einer Beratung war und wer nach drei Monaten eine Schwangerschaft abbricht.

Das NEUE FORUM wird diesen in Bonn ausgehandelten Kompromiß einer Fristenlösung mit Pflichtberatung nicht unterstützen, sondern sich weiterhin dafür einsetzen, daß Frauen selbstbestimmt entscheiden können, ob und wann sie Kinder haben wollen.

Das NEUE FORUM unterstützt alles, was dem Schutz des geborenen Lebens dient, denn das ist der wirksamste Schutz des ungeborenen Lebens. Frauen und Männer müssen sich ohne Androhung von Gefängnisstrafen entscheiden können.

Das NEUE FORUM fordert:

- Beratungsrecht auf freiwilliger Basis
- kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln
- Übernahme der Kosten für einen Abbruch durch die Krankenkassen in jedem Falle
- Ausbau und Erhalt der Kita-, Kindergarten- und Hortplätze in den alten und neuen Bundesländern entsprechend dem Bedarf

Begründung:

Vor etwas mehr als einem Jahr haben wir auf dem Bundesforum beschlossen, alle Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch zu unterstützen, die nicht hinter die Fristenregelung der DDR zurückgehen. Die Kopplung an eine Beratung, zu der die Frauen gezwungen werden, weil ihnen sonst Gefängnis droht, geht weit hinter diese Regelung zurück, weil sie ihnen das damals explizit zugebilligte Recht auf Selbstbestimmung nimmt.

Den Frauen wird unterstellt, daß sie nicht in der Lage sind, verantwortlich zu entscheiden. Ansonsten hätte man sich entschieden, ein Netz verschiedenster Beratungsstellen aufzubauen, wo die Frauen freiwillig Beratung suchen können.

Es ist davon auszugehen, daß, wenn eine Frau eine Schwangerschaft abbrechen will, sie erst gar nicht schwanger werden wollte. Auch bei sorgfältigster Anwendung von Verhütungsmitteln liegt deren Wirkung nie bei 100 Prozent. Deshalb müssen die verbesserte Aufklärung über und die kostenlose Bereitstellung von Empfängnisverhütungsmitteln zentrale Säulen bei der Bewältigung dieses Problems sein.

Die finanzielle und ökonomische Situation von Eltern und erst recht alleinerziehenden Müttern hat sich in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert, der Anteil von Frauen an der Arbeitslosigkeit steigt. Wenn nicht durch verschiedenste frauenfördernde Maßnahmen eingegriffen wird, wird die Entscheidung für Kinder immer schwerer fallen.

Gleichzeitig werden die Betreuungsmöglichkeiten in Kindertagesstätten, Kindergärten und Horten abgebaut. Der Anspruch auf einen Kindergartenplatz (Betreuung ab dem dritten Lebensjahr) soll nach dem oben erwähnten Kompromiß als einzige „flankierende soziale Hilfe“ erhalten bleiben.

Die Krankenkassenfinanzierung soll nach dem Kompromißentwurf nur für „nicht rechtswidrige“ Abbrüche gelten. Abtreibungsgegner machen Unterschiede zwischen „straffrei“ und „nicht rechtswidrig“; dieser Streit ist noch nicht ausgestanden. Es besteht also die Gefahr, daß selbstentschiedene Abbrüche zwar als „straffrei“, aber nicht als rechtens anerkannt werden. Deshalb muß von vornherein dafür eingetreten werden, daß die Krankenkassen die Kosten für Abbrüche übernehmen.

Situation in der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft erfüllte in den letzten Jahrhunderten unbeabsichtigt eine Doppelfunktion:
- Produktion von Lebensmitteln
- Reproduktion der Kulturlandschaft

Seit dem zweiten Weltkrieg kehrte sich diese Entwicklung um. Auf Grund der ständig sinkenden Erzeugerpreise in der EG - was politisch gewollt war - und der wachsenden nationalen wie auch der internationalen Konkurrenz wurden die Landwirte der BRD zur Rationalisierung und Spezialisierung gezwungen:
- die Felder wurden maschinengerecht vergrößert,
- Strukturelemente der Landwirtschaft beseitigt,
- der Einsatz an synthetisch-chemischen Düngemitteln und Pestiziden stieg rapide an,
- die Fruchtfolgen wurden verengt.

Zusammenfassend läßt sich die heutige EG-Agrarwirtschaft wie folgt charakterisieren:
- Produktion von Nahrungsmittelüberschüssen,
- Existenzbedrohung für kleine und mittlere bäuerliche Betriebe, zunehmende Belastung der Umwelt mit gravierenden Folgen,
- Zerschlagung der Strukturen in der 2/3-Welt durch die Billigeinfuhren in die EG-Länder, Produktion von Hunger, Dürre, Katastrophen, Bodenerosion durch Zwang zu Monokulturen und nicht standortgerechten Pflanzen etc.

Im Rahmen der EG-Richtlinie zur Flächenstillegung, Extensivierung und Umstellung auf ökologischen Landbau wurde die Stillegung zunächst umgesetzt. Das Konzept sah vor, durch finanzielle Anreize 10 - 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus der Bewirtschaftung zu nehmen. In den meisten Bundesländern wurde dieses Soll nie erreicht. Zum Abbau von Überschüssen ist die Stillegung völlig ungeeignet. Bestes Beispiel ist Sachsen-Anhalt. 1991 wurden 12% der Ackerflächen stillgelegt. Auf den verbliebenen Flächen wurden 4% mehr Getreide geerntet.

In den neuen Bundesländern

In klimatisch, topographisch sowie vom Bodenwert ungünstigen Regionen, in denen nach EG-Maßstäben nicht ökonomisch produziert werden kann, stirbt die Landwirtschaft. Durch Einführung des EG-Binnenmarktes wird diese Entwicklung noch gefördert und beschleunigt. Die Wahl der Produktionsstandorte wird sich künftig noch stärker an ökonomischen Kriterien ausrichten als bisher. Eine neue Landwirtschaftspolitik muß sich an den Bedürfnissen der Menschen, die
- im ländlichen Raum leben,
- in der Landwirtschaft arbeiten,
- landwirtschaftliche Produkte kaufen

und an den Bedürfnissen der Umwelt orientieren.

Ziel muß eine regionsspezifische, umweltfreundliche und sozial verträgliche Landwirtschaft sein, in der qualitativ hochwertige und gesunde Lebensmittel erwirtschaftet werden können.

Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, daß Landwirtschaft auf der ganzen Fläche betrieben werden kann. In günstigen Lagen bedeutet das eine Rücknahme der Bewirtschaftungsintensität und die Wiederherstellung einer vielfältigen Kulturlandschaft. In den ungünstigen Lagen, wo in der Regel extensiv gewirtschaftet wird, ist die Aufrechterhaltung der ländlichen Wirtschaft zwingend geboten. Generell ist die Landwirtschaft mit traditionellen und landschaftsangepaßten Erwerbszweigen zu ergänzen und zu fördern.

Dem regionalen Markt muß wieder die entscheidende Bedeutung zukommen, d.h., der direkte Austausch zwischen Produzenten und Verbraucher. Die Eigenversorgung bzw. Eigenerwirtschaftung von ländlichen Produkten in einer Region bzw. in einem Land hat Vorrang vor Importen. Eine Ergänzung des Angebotes ist sinnvoll zu qualifizieren.

Der Strukturwandel hat nicht nur im Bereich der Erzeugung stattgefunden. Viele ursprünglich in den bäuerlichen Betrieb integrierte Tätigkeiten (Vorleistungen, Verarbeitung, Vermarktung) wurden von Industrie und Handel übernommen. Gerade im Bereich Verarbeitung und Handel ist ein Konzentrationsprozeß zu beobachten, der die Landwirte in eine immer größer werdende Abhängigkeit vom „Agrobusiness“ bringt. Deren Anforderungen an die Produkte hinsichtlich der Verarbeitung und Transportfähigkeit hat einen erheblichen Einfluß auf die landwirtschaftlichen Methoden und Formen.

Elbausbau

Die Diskussion um den Elbausbau bewegt sich zwischen den Antipoden Ausbau zu einer Hochleistungswasserstraße verbunden mit dem Milliarden kostenden Bau von Staustufen und dem Erhalt und weiteren Ausbau der weitgehend naturbelassenen Auenlandschaft als der strikten Ablehnung des Ausbaus des Binnenschiffahrtsweges Elbe. In der Tat gehören Elbe und Saale zu den reichhaltigsten Tieflandflüssen Europas mit noch intakten Auenbereichen. Dies gilt es zu schützen und zu bewahren. Dem dient bereits das von der UNESCO anerkannte Biosphärenreservat Mittlere Elbe. Unterhalb Magdeburgs sind mehrere Naturschutzgebiete ausgewiesen, die zumindest für den Raum zwischen Havelberg und Lauenburg ebenfalls in einem Biosphärenreservat oder Nationalpark zusammengefaßt werden sollten.

Auf der anderen Seite ist die Elbe ein wirtschaftlicher Faktor und selbst aus den Reihen der Naturschützer heißt es, daß die Elbe eine Verzehnfachung des heutigen Schiffahrtsverkehrs mühelos verkraften kann. Ein Ausbau zu einem europäischen Großschiffahrtsweg,

also eine Kanalisierung für den Betrieb mit Schiffen der Europaklasse, würde aber die Landschaft unüberschaubar zerstören. Die dafür anfallenden Kosten sind überdies unvertretbar hoch. Gleiches gilt für die Folgekosten für die Bewirtschaftung.

Das von der Elbeschiffahrt beklagte Niedrigwasser hat aber nicht nur natürliche Ursachen bedingt durch den jahreszeitlichen Wechsel. Es ist auch ein Produkt des Fehleingriffs in die Natur im gesamten Einzugsbereich der Elbe, vor allem ein Ergebnis der Zerstörung der natürlichen Wasserspeicher. Daneben wurden die Uferbefestigungen über 40 Jahre lang nicht unterhalten.

Deshalb fordert das Bundesforum die verantwortlichen Politiker der Länder, des Bundes und der EG auf zur

1. Verhinderung des Ausbaus der Elbe zu einer europäischen Großwasserstraße;
2. Unterstützung des Baus und des Betriebes von der Elbe angepaßten Flachwasserschiffen zur Verlagerung des Transports von der Straße hin auf Schienen- und Wasserwege;
3. Förderung von Projekten zur Beseitigung der Ursachen des Waldsterbens in den böhmischen Mittelgebirgen und von Wiederaufforstungsprogrammen;
4. Rückführung von Meliorationsmaßnahmen im Einzugsbereich der Elbe und weitere Renaturisierungsmaßnahmen,
5. Sofortiger Beginn der Reparatur arbeiten an den Buhnen und Uferbefestigungen;
6. Aufnahme von Planungen und Machbarkeitsstudien zur Verringerung der Niedrigwasserphasen und Gewährleistung einer ganzjährigen Mindesttauchtiefe von 1,25 m, sowie Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei besonderer Berücksichtigung des Erhalts der Auenlandschaften.

Ausländer/ Asyl/ Flüchtlinge

1. Das Bundesforum fordert alle Mandatsträger der Bürgerbewegungen auf, auf allen Ebenen das vom Bundestag beschlossene Asylverfahrensgesetz abzulehnen.
2. Das Bundesforum fordert den Bundesinnenminister sowie die Innenminister und -senatoren der Länder auf, die geltenden Abschiebestoppregelungen für Tamilen aus Sri Lanka, Kurden aus dem Irak, Jugoslawen aus Kroatien und Afghanen zu verlängern.

   Ebenso fordert das Bundesforum den Erlaß eines Abschiebestopps für Kurden aus der Türkei, Deserteure der Armeen in Jugoslawien, Menschen aus Bosnien-Herzegowina und Flüchtlinge aus Somalia.
3. Das Bundesforum fordert den Bund und die Länder auf, sich über eine humane und im Sinne der Betroffenen geregelte Lösung zum weiteren Aufenthalt der ehemaligen Vertragsarbeitnehmer der DDR zu verständigen.

Einsicht in die Akten des BND, MAD und des Verfassungsschutzes

Die vom NEUEN FORUM und Menschen aus den alten Bundesländern geplante Aktion zur Akteneinsicht in die Unterlagen des Verfassungsschutzes, des Militärischen Abschirmdienstes, des Bundesnachrichtendienstes sowie der Landesämter für Verfassungsschutz wird begrüßt und unterstützt. Die Mitglieder des NEUEN FORUM werden aufgefordert, sich daran zu beteiligen.
Zur Durchführung der Aktion stellt das NEUE FORUM einen Betrag bis zur Höhe von DM 3.000,- zur Verfügung.
Über die Auszahlung des Geldes entscheidet der Bundeskoordinierungsrat auf Antrag.

Geheimdienste/ innere Aufrüstung

Das NEUE FORUM setzt sich weiterhin für die ersatzlose Abschaffung der Nachrichten- und Geheimdienste ein.
Wir wenden uns gegen die innere Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland, die sich ausdrückt
- in dem verstärkten Einsatz des Bundesgrenzschutzes bei Demonstrationen
- in der Berechtigung der Polizei zum Einsatz geheimdienstlicher Mittel und Methoden (neue Polizeigesetze der Länder)
- in den Versuchen, die Privatsphäre des Bürgers durch „große und kleine Lauschangriffe" wieder völlig zu kontrollieren und unter dem Vorwand der Bekämpfung der „Organisierten Kriminalität" dem Überwachungsstaat Tür und Tor zu öffnen.

Wir protestieren gegen die Absicht, ein Europa der Abschottung zu schaffen, wo Asylbewerber schon an den Grenzen erkennungsdienstlich erfaßt werden sollen, der Überwachungsstaat europaweit seine Gestalt annimmt (Schengener Abkommen).
Das NEUE FORUM setzt sich dafür ein, daß soziale und politische Konflikte sozial und politisch durch Beseitigung ihrer Ursachen und nicht polizeistaatlich gelöst werden.

NEUES FORUM gegen Maastrichter Verträge Volksabstimmung auch in Deutschland

Bis zum 31. Dezember 1992 soll in Europa ein einheitlicher Wirtschaftsraum geschaffen werden. Dieser europäische Binnenmarkt soll allen Beteiligten nutzen. Das Bundesforum stellt fest, daß dieser Binnenmarkt nur den Großkonzernen nutzt. Der großen Mehrheit der EG-Staaten-Bevölkerung schadet diese Union nur.

Die Risiken eines gemeinsamen Marktes lassen sich nicht abschätzen. Fest steht, daß kleinere und mittlere Unternehmen, das Handwerk und ein Großteil der Arbeitnehmer die Benachteiligten sein werden. Die Pleitewelle im Mittelstand wird nach 1992 nicht mehr abreißen.

Ein gemeinsamer Markt öffnet den Multis alle Möglichkeiten, Strategien der Massenproduktion und der Produkt-Standardisierung voll auszuschöpfen. Ein Beispiel aus dem sogenanten Cecchini-Bericht, der die wirtschaftlichen Perspektiven eines europäischen Binnenmarktes ausleuchtet: Elektrische Lokomotiven werden nach 1992 nur noch von vier der bisher 16 Hersteller in Europa auf Dauer angeboten. Von den derzeit sieben Großanbietern im Bereich der Telekommunikation sind nur zwei überlebensfähig.

Das Handwerk fürchtet Konkurrenz aus anderen EG-Staaten, da die dortigen Handwerksbestimmungen lascher sind. Diese Betriebe können deshalb auf dem deutschen Markt preisgünstiger anbieten.

Die Risiken für Arbeitnehmer sind dabei besonders hoch: So sagte der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker: „Künftig werden auch Arbeits- und Sozialrecht, Betriebsverfassung und Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Arbeitszeit und Sozialpläne zu Wettbewerbsfaktoren werden... Bei offenen Grenzen können auch all jene sozial- und arbeitsrechtlichen Unterschiede keinen Bestand mehr haben."

Der schärfere Konkurrenzkampf wird Unternehmer zwingen, die Produktionsnebenkosten in den Betrieben zu senken. Das bedeutet: längere betriebliche Nutzung der Maschinen, Nacht-, Samstags- und in manchen Bereichen auch Sonntagsarbeit. Auch werden sich die regionalen Ungleichgewichte verschärfen. Die ohnehin schon modernen Zentren Westeuropas werden zusätzlich vom Binnenmarkt profitieren. Für die neuen Bundesländer und andere schwächer entwickelte Gebiete in der EG wird die Lage noch schwieriger. Die Arbeitnehmer aus diesen Regionen werden entweder niedrigere Löhne in Kauf nehmen müssen oder in andere Regionen abwandern.

Der eventuelle Nutzen für die Mehrheit der Bevölkerung eines vereinigten Europas - niedrigere Verbraucherpreise - sind nur ein kleines Trostpflaster.

Dazu kommen die Risiken für die Umwelt. Harte Umweltschutzregelungen einzelner Länder drohen durch die lascheren EG-Vorschriften unterlaufen zu werden. Nach der Liberalisierung des Verkehrsmarktes rechnet die EG-Kommission mit einer Zunahme des LKW-Verkehrs um 40 - 50 Prozent. Auch werden Flugverkehr und Individualverkehr beträchtlich zunehmen.

Ein weiterer kritischer Bereich droht die Energieversorgung zu werden. Deutschland wird billigen französischen Atomstrom einführen.

Dazu kommen die vordemokratischen Entscheidungsformen der EG. Es werden immer mehr politische Zuständigkeiten auf die höheren Ebenen der EG übertragen. Während der Einfluß der Bevölkerung auf Entscheidungsprozesse sinken wird, können die Multis zusätzliche Macht über das zahnlose Europäische Parlament ausüben.

Das ist nicht unser Europa!

Im Gegenteil: Es mißbraucht den Willen der europäischen Völker zur Völkerfreundschaft und forciert die sozialen Spannungen sowie die wirtschaftliche Ungleichheit. Die Menschen in diesem Europa werden zu Gegnern gemacht!

Die dänische Bevölkerung hat mit Mehrheit die Maastrichter Beschlüsse abgelehnt. Damit sind sie juristisch außer Kraft gesetzt. Dennoch halten die EG-Partner-Regierungen mit zweifelhaften Rechtfertigungen an diesen Beschlüssen fest. Das ist ein offenkundiger Rechtsbruch! Die dänische Bevölkerung soll zur Zustimmung gezwungen werden.

Das NEUE FORUM fordert den Respekt vor dem Willen des dänischen Volkes!

Das NEUE FORUM fordert eine neue Diskussion über die Gestaltung eines einheitlichen demokratischen und sozialen Europas im Geiste eines friedlichen Miteinanders der Völker!

Das NEUE FORUM fordert eine Volksabstimmung über die Maastrichter Verträge auch in Deutschland!



Ungeordnetes zur Vergangenheitsbewältigung

1. Im Herbst 89 waren wir uns mit dem größeren Teil der Bevölkerung einig in dem Slogan „Stasi in die Produktion", d.h., nicht in die Arbeitslosigkeit, aber raus aus Vertrauensstellungen und verantwortungsvollen Tätigkeiten. Ärzte, Pfarrer, Oberkirchenräte, Bischöfe, Rechtsanwälte, Abgeordnete, Minister mit Stasivergangenheit sollten etliche Zeit etwas anderes tun.
Die Debatte um Stolpe und Co. schwimmt auf einer Welle zunehmenden Desinteresses an der Herbstmeinung, zu der ich nach wie vor stehe. Erstaunlich (?) war die damals sehr viel schwächere Auseinandersetzung mit der SED, mit den Blockflöten und den vielen anderen Organisationen, die in ihrem Zusammenspiel das alte System ausmachten.
Ebenso erstaunlich ist heute die zähe Debatte innerhalb der Kirchen um Regelüberprüfung, um ihre Haltung zum Fall Stolpe, um ihre notorischen Versuche, das Problem zu verniedlichen (Beispiel Konsistorialpräsident Hammer, IM, OibE (!); und Bischof Demke meint, daß man davon ausgehen würde, daß Hammer im einen oder anderen Fall die Stasi überlistet hätte.
Haben wir die Stasidebatte verloren ?

2. Die meisten von uns haben eine pazifistische Geschichte.
Wir sind von unserem Selbstverständnis her konsensorientiert, obwohl wir inzwischen hinreichend gut gemerkt haben dürften, was dahinter für ein erhebliches praktisches Problem steckt (Wir haben natürlich alle Anträge an das Bundesforum abgestimmt - dafür, dagegen, Enthaltungen - bis auf einen, in dem es um eine Distanzierung gegenüber der Art, wie mit und über Stolpe diskutiert wurde, ging. Wir haben Konsens erreicht mit dem angenommenen Angebot, daß wir drei Berliner Täter uns in Halberstadt der Diskussion stellen.)
Wir sind in einem System aufgewachsen, das wahrlich keine Rechtssicherheit anbieten konnte, in dem wir mit einem willkürlichen politischen Strafrecht zurechtkommen mußten. Jeder von uns ist morgens aufgestanden und hat schon irgendetwas getan, was ein politisches Delikt hätte werden können, ich muß Euch nicht daran erinnern - habe aber das Gefühl, daß wir diese Zeit zu schnell vergessen.
Vor einigen Tagen gab es in der TAZ einen bitterbösen Artikel vom ehemaligen Kanzler der FU, Schwarz (der eine zeitlang Prof. Fink in der Humboldt-Uni beraten hat) - über „die Ossis". Als ich den Artikel das erstemal schnell überflog, ging mir das Messer in der Tasche auf und ich hatte diesem zweifellos klugen Mann gegenüber recht handgreifliche Gelüste. Bei etwas Nachdenken stellt sich jedoch die Frage, ob er nicht doch an einigen Stellen recht hat. Er schreibt z.B., daß für uns typisch war und bis heute in den hinterbliebenen DDR-Strukturen typisch ist, daß „gemauschelt" wird, daß der DDR-Bürger Konfliktsituationen nach Möglichkeit aus dem Wege geht, also in einem Interessen-Spannungsfeld nicht sagt, ich vertrete mein Interesse, ich fühle mich im Recht, ich probiere aus, ob ich damit durchkomme. Überprüfen wir doch mal, ob wir uns da in unserer Forum-Geschichte nicht wiedererkennen. Strengt es uns nicht tatsächlich an, Konflikte wirklich auszutragen ? Sind wir nicht eher geneigt zu sagen - um des lieben Friedens willen, um der Harmonie innerhalb des NEUEN FORUM willen - entscheiden wir uns doch lieber für die Variante, die wir eigentlich für falsch halten. Wir sollten es uns leisten, über den arroganten Artikel dieses „Wessis" nachzudenken.
Vor wenigen Tagen habe ich im Kino von Klaus Freymuth -an den ich hier nebenbei in Freundschaft erinnere - eine Lesung von Jens Reich angehört. Er hat in einem kurzen Text den DDR-Intellektuellen beschrieben - angepaßt, ängstlich, sorgfältig jedes Risiko abschätzend, systemstabilisierend - ich war erschrocken, wie genau mich diese Skizze traf. Ich empfehle euch die Bücher von Jens Reich als Hilfe, Euer eigenes Verhalten in der alten DDR in aller Ruhe auf den Prüfstand zu schicken.
Könnte es sein, daß wir durch die Weichheit unseres Verhaltens dazu beigetragen haben, daß die DDR so lange bleiben konnte, was sie war ?
Wir sollten über die Verständigungsschwierigkeiten innerhalb des Forums, über den Umgang der Mehrheiten mit den dazugehörigen Minderheiten, über unsere Entscheidungsfindungsprozesse, über unser sanftes, auf Machtlosigkeit orientiertes Verhalten gegenüber Parteien (einschließlich Bü90), die ganz andere Zielvorstellungen haben, nachdenken und dabei die Prägung, die wir in der alten Zeit erfahren haben, berücksichtigen.

3. Wir waren arme Schweine in der DDR, wir sind als „Ossis" arme Schweine, es geht uns wirtschaftlich schlecht, so könnte man uns beschreiben, so plaudern wir in der Kantine. - Könnte es sein, daß wir dadurch offener sind, in einer anderen Weise als früher nach Osten zu sehen - in die Länder der GUS, in denen sich unvergleichlich viel brutaler das abspielt, was wir bei uns beklagen. Vergangenheitsbewältigung hat für mich etwas zu tun mit wirklicher Solidarität in Richtung Osten. Tschernobyl und Semipalatinsk sind die Stellen, an denen ich das versuche.

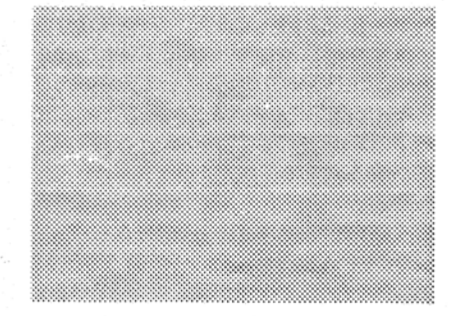
4. Die Ostpartei hat nichts mit Vergangenheitsbewältigung zu tun. Nostalgie, alte Seilschaften auf der Suche nach neuer Legitimation, Wassergraben statt Mauer, über ihre Geschichte schweigsame belastete Leithammel mit auch deshalb höchst geringer Glaubwürdigkeit heute.

5. Wir hören von Wessis oft den Vorwurf der Larmoyanz - das heißt etwa der grundlosen und irgendwie genüßlichen Jammerei über das eigene Elend. Selbst wenn wir diesen Vorwurf nicht aus westlicher Richtung akzeptieren können, sollten wir an der Stelle etwas aufpassen. Es ist tatsächlich relativ einfach und irgendwie lähmend, wenn

man sich gegenseitig seine Wunden vorzeigt. Für gerechtfertigt halte ich dagegen, wenn man zunächst davon ausgeht, daß die schlimmste Variante von Zukunft uns erwischt. Das ist in Physik und Technik auch zweckmäßig; wenn man damit fertig wird, ist man auf der sicheren Seite.
Ich bin der Überzeugung, daß unsere ärmliche Vergangenheit und unsere ärmliche Gegenwart damit zu tun haben, daß wir die Freiheit besitzen, richtige Fragen zu stellen, Fragen, die von unseren satten Freunden aus dem Westen nicht mehr gestellt werden. (Ich weiß natürlich, daß es auch im Westen etliche Freunde gibt, die die gleichen Fragen stellen wie wir, trotzdem möchte ich diese vereinfachte Polarisierung versuchen.) Wir fragen nach der Brauchbarkeit der Parteistrukturen, nach den Grenzen der parlamentarischen Demokratie. Wir stehen zur Abschaffung aller Geheimdienste, wir haben gelernt, daß mit Armeen nichts zu gewinnen ist - wir können auf die Bundeswehr verzichten, lehnen den Einsatz deutscher Soldaten im Ausland ab und wir werden an den Mauern um die Festung Europa nicht mitmauern, wir mögen Mauern nicht.
Könnte es sein, daß all das Reichtum darstellt ? Wir haben keinen Grund zu jammern.

28.6.92

Sebastian Pflugbeil
(ergänzter Auszug aus seiner Rede vor dem Bundesforum)



Zur Krise der Parteien

(Impulsreferat, gehalten anläßlich des Bundesforums des NEUEN FORUM vom 12. bis 14. Juni 1992 in Güntersberge/Harz; Fassung: 20. Juni 1992)

Irgendwo las ich jüngst etwas von der „Sinnkrise der Parteien". Sinnkrise der Parteien? Hätte eine solche nicht auch immer etwas mit Selbstbefragung, mit dem „sich selbst in Frage stellen", mit Zweifel, gar Verzweiflung zu tun...? Sind der Parteien VertreterInnen an jenem Punkt angelangt? Wohl kaum. Parteien sind ja mittlerweile so etwas wie akkumulierte Macht, so ein richtiger schöner Batzen Macht, und jene hat die durchaus von ihr gekannte Eigenschaft, nicht freiwillig abzudanken. Zur Wahrung des gewonnenen Einflusses machen Parteien schon durchaus ihren Sinn.
Die Politik in der Bundesrepublik wird inzwischen von reinen Berufspolitikern beherrscht. Für deren Erfolg, so Erwin und Ute Scheuch in ihrer Studie über den Verfall der politischen Parteien(„Cliquen, Klüngel und Karrieren. Rowohlt aktuell, 1992), seien neben der Unterstützung durch eine Seilschaft, vor allem ihr über die Medien vermitteltes Ansehen und ein Kapital von Gefälligkeiten, vor allem erwiesen den politischen Gegnern und einflußreichen Bürgern, wichtig.
Nein, so schnell werden die Parteien sich nicht selbst in Frage stellen. Dabei könnte der überall zu verzeichnende Mitgliederschwund, welcher sich mitunter wie bei der CDU erdrutschartig vollzieht, durchaus auch als Hinweis gelten, die eigene Organisationsstruktur zu überdenken. Dementgegen hat ein eher verzweifeltes Suchen nach geeigneten Führungskräften eingesetzt. Über jene soll der Weg aus dem Dilemma führen. Ich denke, jetzt sind wir beim Thema: Die Parteien stecken in einer immer deutlicher zu Tage tretenden Legitimationskrise. Sichtbar wird dies u.a. bei all den jüngsten Wahlen. Ob im letzten Jahr in Hamburg, dieses Jahr in Baden-Württemberg oder Berlin, überall gibt es eine stetig sinkende Wahlbeteiligung zu verzeichnen, avanciert die Partei der Nichtwähler zur größten Fraktion. Die Parteien rechnen sich noch ihre Prozente vor, doch gelingt es ihnen nur schlecht, das drastische Sinken der absolut auf sie entfallenden Stimmenzahl zu verschleiern. Nun ist es jedoch nicht so, daß sich unter den Nichtwählern nur politisch Desinteressierte finden, im Gegenteil, zunehmend befinden sich unter ihnen durchaus politisch motivierte Leute. Um sich trotz schmaleren Fundaments ihre Einflüsse zu sichern, schreiten die Parteien zunehmend zu großen Koalitionen. Die Parteien werden einander ähnlich, bald austauschbar. Wir sind somit auf dem Weg zu einer Mehrparteiendiktatur!
Politik - das sind in diesem Deutschland allzuoft nur die Statements immer derselben Herren. Aller Blick zur Bundesebene. Und wenn es in Berlin um die Wahl der Stadtbezirksämter geht, dann werben die großen Parteien mit ihren Berlinern Engholm, Lafontaine oder Modrow...
Die Diskrepanz zwischen den Bedrängnissen des Bürgers und den Sprüchen in den vielen Hohen Häusern ist oft unüberbrückbar. Dazu kommt die Selbstbedienungsmentalität der Politiker. Sie ist bekannt, dreist und unverschämt. Der „Bund der Steuerzahler" rechnet den Volksvertretern der Hamburger Bürgerschaft vor, daß für die Rente eines Fraktionsvorsitzenden, die dieser nach nur dreieinhalb Jahren erhalte, sechs NormalverdienerInnen ein Leben lang arbeiten müßten (taz Hamburg, 8.11.91).
„Der Grundsatz der Staatsfreiheit der Parteien wird durch die Gewährung finanzieller Zuwendungen mithin dann verletzt, wenn durch sie die Parteien der Notwendigkeit enthoben werden, sich um die finanzielle Unterstützung ihrer Aktivitäten durch ihre Mitglieder und nahestehende Bürger zu bemühen. Wird dies außer acht gelassen, laufen die Parteien Gefahr, sich aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu lösen." So

steht's im Entscheid des Bundesverfassungsgerichtes zur Parteienfinanzierung vom April 1992. Ohne Zweifel sind die Parteien nicht mehr staatlich abhängig. Sie sind mit dem Staate verschwistert, so etwas wie halbstaatliche Verbände. Der Vertrauensschwund unter der Bevölkerung wird erklärbar. Auch jene immer wieder in die Diskussion gebrachte Gruppe der Protestwähler weist darauf hin, daß der Bürger zunehmend spürt, wie es um seine Anteilsmöglichkeiten am öffentlichen, damit am politischen Leben bestellt ist, daß die Einstiegsmöglichkeiten seiner Beteiligung äußerst gering sind. Das System ist zu etabliert. Innerhalb der Parteien, innerhalb der parlamentarischen Debatte gibt es kaum Wagnis, fast nur Taktiererei. Immer stehen zukünftige Wahlen vor Augen. Eine große Langeweile.

Das gar so festgefügte Parteiengefüge der Bundesrepublik macht nicht mehr den stabilsten Eindruck. Wir sollten grobe Veränderungen durchaus für möglich halten. Vielleicht sehnen sich CDU und SPD bald nach ihren 92'er Wahlergebnissen zurück. Die durchaus nicht zu verkennenden Aussichten eines etwaigen Ost-Partei-Projekts, welches natürlich überhaupt nichts mit ehrlicher Interessenvertretung zu tun haben wird, sondern nur eine Ausgeburt des Populismus um der eigenen Pfründe-Sicherung belasteter Politiker willen ist, und die aufgeregten Reaktionen Bonner Politiker auf die ersten Ankündigungen machen zumindest deutlich, daß durchaus Einschnitte vorstellbar geworden sind. Starres wird absterben!

Verheerend könnte sich in der heutigen Situation auswirken, wenn nicht auch grundsätzlich an der Repräsentativdemokratie, an dieser ganzen Vertreterei, gekratzt würde. Was die gewaltfreien Anarchisten sagen, ist wohl kaum wegzureden: „Wer wählt, hat seine Stimme bereits abgegeben". Insofern sollte, wenn überhaupt über Parlament und parlamentarische Vertretung nachgedacht wird, immer das Aufbrechen der herkömmlichen Strukturen im Blick sein.

Beispiele für reformerische Ansätze wären das Verbot von Koalitionen, die Begrenzung der Fraktionsstärke, letztlich das Nichteinlassen auf stabile Mehrheiten. Wechselnde Mehrheiten möglich machen! Also Entscheidungen zur Sache und nicht zur Sicherung von Machteinflüssen.

Mir scheint, die Grünen gehen einen anderen Weg. Grün/Schwarz ist denkbar geworden und darin liegt nichts Verwunderliches. So geht es halt lang im Geschäft der Mehrheiten. Das normale Politikgeschäft hat die Grünen aufgesogen, sie sind nicht mehr die Sprecher der Bewegungen, das eine Bein im Parlament. Ihren Ansatz, ihren Hebel zur Veränderung erkennen sie nur noch innerhalb des Parlaments.

Jetzt sind wir bei uns.

Wo sehen wir den Hebel der Veränderung? Dieser Frage sollten wir uns des öfteren zurückholen. Wir müssen uns hüten vor Künstlichkeit, zum Beispiel vor der Installation einer bundesweiten Vereinigung, die nicht durch Lebendigkeit untersetzt ist. Satzungen, Statuten sollten letztlich nur Ausdruck sein, um irgendwelchen Mindestanforderungen irgendwelcher Gesetze zu genügen - das bedeutet: eine rein formale Sache! Der Geist der Paragraphen darf nicht der Geist unserer Beziehungen sein.

Auch dürfen aus Formalien keine Automatismen erwachsen, zum Beispiel Teilnahme an Bundestags- oder Landtagswahlen, oder der Anspruch, nun unbedingt zu allen Themen bundesweit Stellung nehmen zu wollen.

Wir sind zuallererst immer bei uns selbst wirksam, in unseren Basisgruppen, in Kommune und Stadtteil. Unsere Organisationsform auf einen Satz gebracht, heißt zunächst: Wir arbeiten in Gruppen. Erst wenn dies vielerorts so ist, wird im Land, in der Republik, etwas sichtbar. Es gilt, immer wieder unten anzufangen. Sonst droht Künstlichkeit.

Es geht an dieser Stelle gar nicht um die Frage Parlament oder nicht. Da wünsche ich mir gegenseitiges Erkennen in der Unterschiedlichkeit des Engagements. Die Wege können durchaus unterschiedlich sein, deshalb sollten wir uns in unserem Bemühen anerkennen, egal ab sich dieses innerhalb oder außerhalb des Parlaments realisiert, und uns als Ergänzung verstehen lernen.

Wenn Wahlen kommen, ist es jedoch unerläßlich, innerhalb unserer Gruppen, innerhalb unserer Organisationen über die Teilnahme zu streiten. Hier ist jedesmal neu und gründlich zu überlegen. Mit großer Skepsis gingen wir 1990 in die parlamentarische Verantwortung, wir taten es wohl vor allem wegen der Brache und erhoffter Gestaltungsmöglichkeiten. Die Erfahrungen seither sind ernst zu nehmen! Ist es uns gelungen, die Parlamente aufzubrechen, haben wir Öffentlichkeit herstellen können, den jeweils von der Entscheidung Betroffenen Zugang zum Entscheidungsprozeß verschaffen können?

Wenn ich mich mit unseren Abgeordneten unterhalte, erfahre ich große Skepsis, mitunter völlige Enttäuschung hinsichtlich der Möglichkeiten des einzelnen bzw. der wenigen im Parlament; je höher die Ebene um so drastischer die Aussagen.

Unsere Kräfte sind kolossal gebunden. Wenn unser Engagement nicht erlebbar, nicht mit anderen teilbar wird, dann droht Vereinzelung, das Versinken in Bürokratie, wir sind nur noch Bestandteil blanker Konstruktion, verwalten die Katastrophe mit.

Wenn in unserem Tun nicht schaffende Freude, ja, sich darinnen nicht die Dimension der Liebe verbirgt - und wenn ich an Liebe denke, dann meine ich jene energiegeladene, aus innerer Notwendigkeit entspringende Kraft, die nicht an Vorteil denkt - dann werden wir zunehmend von „Sachzwängen" regiert werden, austrocknen, vertrocken.

Seien wir also deshalb auch bei zukünftigen Wahlen nicht kleinmütig und denken wir nicht, von parlamentarischer Teilhabe hinge allzu viel ab. Nehmen wir uns an dieser Stelle nicht so wichtig. Aber nehmen wir uns als Einzelne, als miteinander Verbundene, oft in Gruppen gemeinsam Arbeitende wichtig. Beschwören wir nicht irgendeine Winzigkeit, indem wir uns 89'er Demos mit einer halben Million Menschen auf den Straßen vor Augen führen. Seien wir froh darüber,

daß sich einige unter diesen neu erkannt haben, daß einige Grenzen beiseite geschoben wurden. Treffen wir uns als Menschen mit ähnlichen Visionen von einer gerechten Gesellschaft, seien wir uns Stärkung in unseren Nöten, versuchen wir, uns in all den übermächtigen Herausforderungen zu finden und gemeinsam auf Veränderung hinzuabeiten. Tun wir das Notwendige, und das bedeutet: Das Neue vorwegnehmen. Das Neue wächst im Alten und alles Gute beginnt im Kleinen!

Udo Muszinsky
BKR-Mitglied
NEUES FORUM Eberswalde

Finden wir zu einem Disziplin-Konsens?

Vermutlich wird es den meisten, die am Bundesforum 1992 in Güntersberge teilnahmen, gut gefallen haben. Ich kann das von mir, auf's Ganze gesehen, behaupten, wenn ich auch nicht in der Lage bin zu vergleichen. Es war mein erstes Bundesforum. Von anderen, die ich sprach, konnte ich hören und auch Nebensätzen während der öffentlichen Auseinandersetzung in Güntersberge war zu entnehmen, daß das Bundesforum in Bernburg belastend gewesen sein muß.
Ich kann aber nicht sagen, daß ich in Güntersberge nichts belastend fand. Nein: Die Disziplinlosigkeit im Plenum fand ich und finde sie noch immer inakzeptabel. Sowohl, daß einige meinten, spontan und laut losreden zu müssen, auch wenn anderen das Wort erteilt worden war, als auch, daß über weite Strecken Zweier-, Dreier- und Vierergespräche unbekümmert um die eigentliche Diskussion geführt wurden. Und dies in einer Lautstärke, die deutlich signalisierte: Unser Zweier-, Dreier-, Vierergespräch ist viel wichtiger als jene Wortmeldung, die sich gerade mühsam verständlich zu machen sucht.
Ob die EinzelrednerInnen und GruppenrednerInnen ohne Worterteilung wissen, welche Haltung und welcher Anspruch dahinter steht, wenn sie ohne Rücksichtnahme auf die eigentlichen RednerInnen meinen, losreden zu dürfen? Ich denke, etwas Motivationserhellung bzw. Selbsterfahrung kann einer Bürgerbewegung nicht schaden. Wenn ich, ohne eine Aufforderung abzuwarten, in einer Vollversammlung losrede, meine ich nicht nur - wie schon angedeutet -, daß mein Beitrag jetzt wichtiger ist als der Beitrag, der gerade nach Worterteilung dargelegt wird. Ich meine auch, daß die übrigen gar nicht erst auf den eigentlichen Beitrag zu hören brauchen. Das können sie sich sparen. Ich habe ihn ja schon beurteilt und das reicht. Das ist ohne jeden Zweifel verbale Gewalt, verbale Nötigung. Da es mir selbst schwerfällt, tolerant zu sein, und es mir angenehm ist, wenn sich andere meinen Normen anpassen müssen, vermute ich, daß es anderen ähnlich geht, andere ähnliche Wünsche haben: Wer zum NEUEN FORUM kommt, soll sich unseren Normen anpassen: schnell, präzise und intellektuell aufbereitet seine Ansichten darlegen, die nur unwesentlich von früheren gemeinsamen Positionen abweichen dürfen. Diesen Wunsch nach engen Normen haben wir gemeinsam mit der CSU.
Ich glaube, ich darf mich mit meinem Unbehagen hinter die beiden Frauen stellen, die am Sonntag in der Schlußdebatte ihren Unmut geäußert haben. Auch wenn sie es anders formuliert haben, denke ich, sie sinngemäß wiederzugeben: Als Bürgerbewegung wollen wir auf „Gewaltverzicht, auf Vernunft und die Kraft der Argumente" bauen (Grundsatz 1 NEUES FORUM). Aber in konkreten Situationen des Bundesforums ist das Risiko zu groß, sich zu Wort zu melden. Der Gruppenzwang ist zu stark, um sich dabei noch wohlzufühlen. Ein „Demokratieverständnis" mit solchem Gruppenzwang bzw. solchem Mangel an Disziplin kann nicht „die neue Gesellschaft prägen" (Grundsatz 9 NEUES FORUM). Ich finde unsere Grundsätze gut und verteidige ihren hohen Anspruch. Aber es sind eben zwei verschiedene Dinge: Das eine ist ein Anspruch. Mit ihm können wir bei HörerInnen und LeserInnen Eindruck machen. Das ist gut und nützlich. Ein anderes ist jedoch die Realisierung unserer Ansprüche. Das ist wichtiger und entscheidend. Es entscheidet darüber, ob wir als Bürgerbewegung für Bürger wirksam werden oder ob wir nur den Anspruch ohne Wirksamkeit verinnerlicht haben.

Dankwart Kirchner
NEUES FORUM
Prenzlauer Berg

Warum sind die Lohnforderungen berechtigt?

Die Tarifkämpfe zwischen Arbeit-„gebern" und Arbeit-"nehmern" eskalieren. Eindrucksvoll zeigte sich dies schon im Februar diesen Jahres im Tarifabschluß in der Stahlindustrie und im Arbeitskampf des Öffentlichen Dienstes. Schon im Februar versuchte die Bundesregierung, die tarifpolitische Wende durchzusetzen - ohne Erfolg!
Berechtigt sind die Lohnforderungen der Arbeit-"nehmer" in allen Bereichen, denn die Reallöhne stiegen seit 1982 kaum an, während die Unternehmer satte Gewinne einstrichen. Gerade an der deutschen Einheit verdienten die Unternehmer Milliarden, die nun als Spekulationsgelder auf ihren Konten hohe Zinsen bringen, jedoch nicht in die ostdeutsche Wirtschaft investiert werden. Solange in der Finanzspekulation höhere Gewinne zu erzielen sind als durch Re-Investition der Gelder in die Wirtschaft, solange werden auch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Seit Januar 1991 fordern wir eine Steuer für nicht re-investierte Gewinne.
Es ist finanzpolitischer Unsinn, daß Lohnerhöhungen Arbeitsplatzabbau im Osten zur Folge hätten. Westdeutscher Lohnverzicht macht nur die Unternehmer reicher, ohne daß auch nur eine Mark mehr in die ostdeutsche Wirtschaft fließt. Ostdeutscher Lohnverzicht veranlaßt nur noch mehr Menschen zur Ausreise in den Westen. In Wirklichkeit geht es dieser Regierung um Reallohnsenkung in ganz Deutschland!
Einer, der die Hetze auf die Gewerkschaften mit besonderer Schärfe vorantreibt und den Menschen Maßhalten verordnen will, ist der Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann. Mit seiner Aussage zu den Tarifabschlüssen: „Alles über 4% ruiniert die Wirtschaft", griff er unerlaubt in die Tarifautonomie ein, stellte sich auf die Seite der Arbeit-"geber" und setzte für sie die 4-Prozent-Marke. Zu fragen bleibt - Warum?
Um ihre Ziele - die Deregulierung des Sozialstaates und die Reallohnsenkung in Deutschland - zu erreichen, bedient sich die Bundesregierung des Mittels, Ostdeutsche gegen Westdeutsche auszuspielen.
Es sind jedoch nicht berechtigte Lohnforderungen der Arbeit-"nehmer", welche die Bundesregierung in die Krise treiben lassen, sondern es ist diese Bundesregierung und ihre Treuhandanstalt, die Hand in Hand mit den Funktionären der alten DDR durch eine Politik unsozialer Umverteilung die wirtschaftliche Krise provozieren!

Ein aufschlußreicher Auszug aus Herrn Möllemanns Gehaltsabrechnung:
Einkommen Jürgen Möllemann (Berufsanfänger - ein Jahr im Amt):

Grundgehalt:	18900,—DM
Aufwandsentschädig.:	7200,—DM
Diäten:	4800,—DM
Pauschale(steuerfrei):	4100,—DM
Gesamt:	35000,— DM
u. 4 % Erhöhung:	1400,—DM
	= 36400,—DM

Wir sind so stark, wie sie uns machen!

NEUES FORUM
Leipzig Initiativgruppe

Ein Nachtrag zu den Berliner Bezirkswahlen 92

Die Beteiligung des NEUEN FORUM und der öffentliche Widerhall bürgerbewegten Engagements

Berliner dürfen öfter wählen als andere. Also vor Ablauf der ordentlichen Wahlperioden (durch zweimalige Verfassungsänderung) in West- wie in Ostberlin erstmals gemeinsame Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen). In der Dreieinhalb - Millionenstadt sind Bezirkswahlen allerdings noch nicht einmal richtige Kommunalwahlen, denn die Kommune ist zugleich die Stadt und das Land Berlin. Und eine BVV ist somit auch keine richtige parlamentarische Vertretung, sondern bildet mit dem jeweiligen Bezirksamt eine bloße Verwaltungseinheit des Landes Berlin (ohne Finanz-, Personal-,Grundstückshoheit). Die Bezirke mit durchschnittlich 100 - 200 Tausend Einwohnern haben meist weniger zu entscheiden als eine Gemeinde auf dem Lande.
Dennoch wurde diese Wahl von den Parteien hochstilisiert, als ginge es ums Ganze - im Hinblick auf die Rechtsextremen, im Hinblick auf die sogenannte Vereinigungspolitik (Berlin gilt eben immer noch als deutsch-deutscher Gradmesser), im Hinblick auf die regierende bzw. regierungsunfähige Große Koalition, im Hinblick auf den Frust der Bevölkerung gegenüber Parteien und Wahlen überhaupt ...
So karrten denn SPD, CDU, FDP, PDS reihenweise Bonner „Spitzen"politiker in die Stadtbezirke - und deren Köpfe kleisterten denn auch massenhaft auf Straßenaufstellern und hingen an den Laternenpfählen.
Das NEUE FORUM Berlin nahm diese Wahl sachlich als das, was sie wirklich bedeutet. Es gab kein den Bezirken übergestülptes Wahlprogramm wie bei den Parteien, einschließlich der Grünen/AL und Bündnis 90, die gemeinsam in die Schlacht zogen, aus der heraus sie gleich die Große Koalition abwählen wollten.
Die Bezirksgruppen des NEUEN FORUM entschieden in ihrer Regionalautonomie, in welcher Weise und ob sie überhaupt an den Wahlen teilnehmen wollen. Obwohl sicherheitshalber berlinweit angemeldet, favorisierten viele im NEUEN FORUM eine Beteiligung an Wählergemeinschaften von bürgerinitiativen Netzwerken. Dafür kamen allerdings die vorgezoge-

nen Wahlen noch zu früh. Ein einigermaßen funktionierendes Netzwerk gibt es bisher nur in Prenzlauer Berg.
Als eigenständige Liste erschien das NEUE FORUM in Schöneberg - wo sich eine Elterninitiative zur Wahl stellte, eine Gruppe von Leuten, die von Parteien endgültig die Nase voll haben - und in Hellersdorf. In Köpenick kandidierten Mitglieder des NEUEN FORUM auf der Liste von Bündnis 90. In Mitte, Friedrichshain und Prenzlauer Berg beteiligte sich das NEUE FORUM mit Personen und ihren Bezirksgruppen an Wählergemeinschaften (zu denen außerdem das Bündnis 90, die Grünen, der UFV und verschiedene Bürgerinitiativen gehörten). Diese nannten sich „Bündnis"+Bezirksnamen. Dies führte dazu, daß im Vorfeld sowie im Ergebnis der Wahlen die Wählergemeinschaften weitgehend mit dem Bündnis 90 identifiziert wurden und das NEUE FORUM sowie die anderen Beteiligten in der Öffentlichkeit nicht oder kaum wahrgenommen werden konnten. Der seit langem erhobene politisch-parlamentarische Alleinvertretungsanspruch des Bündnis 90 trug seine Früchte.
Die Vereinfachung durch die landläufigen Medien, die an Differenzierung von bürgerbewegter Praxis nicht weiter interessiert sind, ist nichts Neues. Politik wird eben mit Parteien gleichsetzt. Bürgerbewegte Wahlbeteiligung hat (noch) keinen Platz in Umfragen der Meinungsforschungsinstitute, auf den Monitoren von Infas oder in den Spalten der Presse.
Mag die Einseitigkeit und Unkenntnis der Medien uns nur noch mäßig ärgern, obwohl ihnen gegenüber - auch auf regionaler Ebene - die Eigenständigkeit des NEUEN FORUM mehr und deutlicher zu vertreten sein wird, ist die schamlose Vereinnahmungshaltung vom Bündnis 90 in der Öffentlichkeit schon Grund zur Auseinandersetzung und Richtigstellung. Nur ein Beispiel: Im Juni-Heft der Zeitschrift „quer", die als Einschluß „Bündnis 2000" enthält, stehen zwei Aktikel zum "Abschneiden des Bündnis 90 bei den Kommunalwahlen". Die Artikel unterscheiden sich zwar in der Bewertung des Wahlausganges sowie in der Stellung zu den Grünen, nicht aber in dem behäbigen Wir-Gefühl - Bündnis 90 hat sich überall als politischer Faktor bestätigt: „Mit dem Ergebnis der Kommunalwahl hielt das Bündnis 90 in den Bezirken Mitte, Prenzlauer Berg ... seine Wählerstimmen" so bei Hansjürg Deschner aus Pankow und „in Mitte, Prenzlauer Berg konnten wir in etwa die gleiche Anzahl Wählerstimmen für uns gewinnen" schreibt Ulf Dahlmann. Kein Wort von Wählergemeinschaften und den beteiligten Gruppierungen, kein Wort davon, daß in Mitte von sieben gewählten Bezirksverordneten zwei vom NEUEN FORUM sind, in Friedrichshain von sechs Mandatsträgern drei und in Prenzlauer Berg von neun Gewählten drei vom NEUEN FORUM, drei von Bürgervereinen, zwei von den Grünen und eine vom Bündnis 90/UFV kommen. Hieran hätte sich trefflich über bürgerbewegte Gemeinsamkeiten und Diffenrenzierungen nachdenken lassen.
Für die Beteiligten in den Bezirken wurde aber deutlich, daß sich bürgerbewegte Politik nicht vorschreiben und in Programme fassen läßt. Der breite Ansatz von unten hat z.B. in Prenzlauer Berg, wenn auch in mancherlei Hinsicht nicht unproblematisch, das höchste Wahlergebnis in ganz Berlin gebracht (18,1%). Das aber haben die Kollegen vom Bündins 90 verschwiegen bzw. als vollen Erfolg für sich verbucht und das hat auch kein Pressekommentar für erwähnenswert gehalten.
Es geht hier nicht um Gegnerschaft zum Bündnis 90 und ich weiß, daß andere Aspekte dieser Wahl politisch wichtiger sind; sie stehen hier aber nicht zur Diskussion. Hingegen sind falsches Harmoniebedürfnis und Zurückstecken des eigenen politischen Selbstverständnisses unserem Anspruch als Bürgerbewegung nicht dienlich.
Über der nötigen Auseinandersetzung sollen aber keineswegs die Schwächen des NEUEN FORUM bei den Bezirkswahlen vergessen werden: mangelnde Öffentlichkeitsarbeit auch von Seiten des Berliner Landesverbandes; Hellersdorf und Schöneberg kamen bei weitem nicht in 5%-Nähe, was in Hellersdorf zu Frust und unnötiger Resignation führte, in Schöneberg hingegen - wo es erstmals eine Liste NEUES FORUM im Westen gab - viele Menschen mobilisierte und in einigen Wahlbezirken immerhin den 5%-Bereich erreichte. Wir sind nur noch in 4 Stadtbezirken (auch in Köpenick) mit Mandatsträger/innen vertreten.
Der Schwerpunkt unserer Arbeit wird weiterhin auf außerparlamentarischem Gebiet liegen, aber wichtig ist ebenso die Einbindung der Bezirksverordneten sowie der Austausch und der Zusammenhalt zwischen den Bezirken, damit auch die politische Arbeit auf Landesebene nicht zu kurz kommt.

3.7.1992
Roland Baron
NEUES FORUM Berlin

Einladung zum Wochenendseminar „Asyl und Migration"

Die AG Asyl / Flüchtlinge / 2/3-Welt (NEUES FORUM Berlin) lädt interessierte FORUM-Mitglieder vom 25.-27.9.92 in die Akademie Schwerin in Severin zu einem Seminar ein. Die Referenten von Amnesty International, SOS Rassismus und dem NEUEN FORUM werden zu den Themen Asyl und Migration (Wanderung) über gesetzliche Grundlagen und ihre Konsequenzen sowie praktische Erfahrungen in der Beratung und beim Umgang mit alltäglichem wie institutionellem Rassismus informieren und mit den Seminarteilnehmern darüber beraten.
Anmeldeformulare können in der Bundeskoordinierungsstelle telefonisch (229 23 17) abgefordert werden. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, bitten wir Euch, dies schnell zu tun.

Presseerklärung vom 6. Juli 1992

Kein „Blauhelmeinsatz“ von Bundeswehrsoldaten!

NEUES FORUM: Bundestagsgruppe „Bündnis 90 / Grüne“ soll Antrag zurückziehen

Der Bundeskoordinierungsrat des NEUEN FORUM fordert die Gruppe „Bündnis 90 / Grüne“ im Bundestag auf, ihren Antrag auf Zulassung von sogenannten „Blauhelmmissionen“ im Rahmen von UN-Einsätzen sofort zurückzuziehen!

Der Bundeskoordinierungsrat unterstützt damit auch die Position der Abgeordneten Ingrid Köppe (NEUES FORUM), die sich innerhalb der Bundestagsgruppe „Bündnis 90/Grüne“ gegen diesen Antrag ausgesprochen hat.

Mit diesem Antrag - auch auf Veränderung der Grundgesetzartikel 24 und 87a - haben die Urheber, die Abgeordneten Vera Wollenberger, Gerd Poppe, Werner Schulz, Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß, die Grundpositionen der Bürgerbewegungen verlassen. Für die Vision einer gewaltfreien Gesellschaft und für die Abschaffung aller Armeen sind die Bürgerbewegungen vor und nach dem Wendeherbst 1989 immer bedingungslos eingetreten.

Wer heute UN-Einsätze von 2000 Bundeswehrsoldaten „mit leichten Waffen zum Selbstschutz" befürwortet, hat die Suche nach friedlichen Konfliktlösungsstrategien aufgegeben und akzeptiert, daß Konflikte mit militärischen Mitteln ausgetragen werden. Wer Einsätze deutscher Soldaten etwa in Kroatien, Moldawien oder Nagorny-Karabach legalisieren will, verdrängt deutsche Geschichte.

Statt sich für Kriegseinsätze der Bundeswehr stark zu machen, sollte sich die Bundestagsgruppe für ein wirkungsvolleres Kriegswaffenkontrollgesetz einsetzen! Waffenexporte sind ein Hauptgrund für die militärische Eskalation nationaler Konflikte.

Das NEUE FORUM bleibt bei seinen Forderungen:

- Keine Waffenexporte!
- Abschaffung aller Militär- und Zwangsdienste!

Für den Bundeskoordinierungsrat:

André **Andrich** (Sachsen)
Heidi **Bohley** (Sachsen-Anhalt)
Jan **Hermann** (Brandenburg)
Dieter **Kohl** (Thüringen)
Michael **Kukutz** (Berlin)
Sonja **Rachow** (Mecklenburg-Vorpommern)

Das NEUE FORUM lehnt den Einsatz der Kernenergie im militärischen Bereich, in der Energiewirtschaft und für Sprengungen aller Art ab.

1. Wir unterstützen den diesmal von französischer Seite ausgehenden Vorschlag zum Test-Stopp für Atomwaffen bis Ende 1992 als einen Schritt in die richtige Richtung. Wir vertreten jedoch die Auffassung, daß Entwicklung, Bau, Test und Stationierung ebenso wie der Einsatz von Atomwaffen Verbrechen darstellen, gegen die wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln angehen wollen. Die Lehre von der Abschreckung mit Atomwaffen als Mittel zur Sicherung des Friedens hat sich durch die jüngsten politischen Veränderungen als Unsinn erwiesen.

2. Wir lehnen den Einsatz von Atomsprengsätzen für zivile Sprengungen ab, weil ihre ökologischen Auswirkungen nicht sicher kalkulierbar sind. Besonders gefährlich sind die Projekte aus den Staaten der GUS, mit unterirdischen Kernsprengsätzen Giftmüll zu „entsorgen".

3. Wir haben die Lektion Tschernobyl nicht vergessen - Kernkraftwerke scheiden wegen der Gefahr, die sie für uns bedeuten, als Mittel zur Deckung des Energiebedarfs aus.

3.1. Wir protestieren scharf gegen alle Versuche, noch laufende Kernkraftwerke in den Staaten der GUS durch Nachbesserung am Leben zu erhalten. Wir haben kein Recht, ins Ausland technische Lösungen zu verkaufen, die wir in unserem eigenen Land als zu gefährlich zu Recht abgelehnt haben.

3.2. Wir fordern, daß die Millionen, die von der EG jetzt für Gutachten zu dieser Nachbesserung verschwendet werden, umgehend für Gutachten zu menschlicheren Lösungen des Energieproblems eingesetzt werden.

3.3. Wir werden uns dagegen wehren, daß deutsche und französische Firmen die akute Notlage der Staaten der GUS mißbrauchen, um dort die Kernkraftwerke zu bauen, für die sie in Deutschland seit vielen Jahren keine Aufträge bekommen.

3.4. Wir stehen auf der Seite jener Fachleute und Initiativen, die sich dagegen zur Wehr setzen, daß Wissenschaftler im Dienste der Kernenergielobby die Folgen von Tschernobyl, Strahlenrisiken und die Risiken eines schweren Kraftwerksunfalls in deutschen Kernkraftwerken verharmlosen und uns vorgaukeln, daß die Kernkraftwerke uns bei der Lösung des CO2-Problems aus der Klemme helfen können.

4. Wir fordern, daß das seit Jahren angekündigte neue Energiewirtschaftsgesetz endlich bearbeitet wird. Wir sind bereit, uns an der Formulierung zu beteiligen.

5. Wir erklären uns solidarisch mit all jenen, die unter den Folgen der Kernenergienutzung unfreiwillig leiden müssen. Wir rufen alle Mitglieder des NEUEN FORUM auf, Initiativen und Vereinen zu helfen, die sich unter dem Namen der Kinder von Tschernobyl um diese Menschen kümmern.

(Antrag an das 5. Bundesforum, der in Güntersberge nicht mehr zur Abstimmung kam und vom Bundeskoordinierungsrat am 4. Juli 92 verabschiedet wurde)